

Politikplan 2008 bis 2011 des Gemeinderates

Politikbereiche 3, „Finanzen und Steuern“ und 4, „Gesundheit“

Bericht an den Einwohnerrat

1. Allgemein

Die Sachkommission Gesundheit und Finanzfragen hat an ihren Sitzungen vom 16. und 28. November 2007 die Abschnitte im Politikplan 2008 - 2011 des Gemeinderats besprochen, welche sich mit der Produktgruppe 3 „Finanzen und Steuern“ (S. 20/21, inkl. Neutrale Erlöse und Kosten sowie Steuerfuss, S. 49-52) und der Produktgruppe 4 „Gesundheit“ (S. 22/23) befassen.

Bei der Beratung der erwähnten Seiten wurden in der Sachkommission einige grundsätzliche Einwände vorgebracht, welche sich auf die zukünftige Transparenz der Geldflüsse bezogen.

Zur Entlastung der Debatte soll der Einwohnerrat im Voraus über die Diskussionspunkte der Sachkommission und den daraus erfolgten Massnahmen orientiert werden.

2. Diskussionspunkte

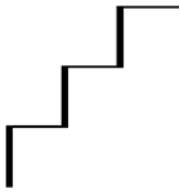
Politikbereich „Finanzen und Steuern“

S. 20, 3.1 Finanzdienste

Ziel bezüglich Anzahl erhaltener Mahnungen: „Die Ziele bezüglich der Anzahl erhaltener Mahnungen werden weiterhin hochgehalten“ ist leicht missverständlich formuliert. Nicht die Anzahl der Mahnungen soll hochgehalten, sondern das Ziel, unter 75 Mahnungen pro Jahr zu bleiben.

S. 20, 3.3 Liegenschaftsbewirtschaftung (Liegenschaften des Finanzvermögens)

Mietzinsanpassung und -Erhöhung: Bei den Wohnliegenschaften werden die Mietzinse per 1. April 2008 um 8% erhöht. Dabei handelt es sich um eine Anpassung der Mietzinse aufgrund der seit über 10 Jahren nicht überwältzten allgemeinen Teuerung. Die Mietzinserhöhung von 8% setzt sich zusammen aus 5% Teuerung und 3% Steigerung der Bewirtschaftungskosten. Viele der von der Gemeinde vermieteten Wohnungen sind aber auch mit dieser Erhöhung der Mietzinsen deutlich (ca. 18%) günstiger als ähnliche Objekte, welche privat angeboten werden. Eine Anpassung an die ortsüblichen Mietzinsen, also eine generelle Mietzinserhöhung mit definierten Zielwerten soll erst bei Mieterwechsel (oder bei Veränderungen der Einkommens- oder



Familiensituation) erfolgen. Der Mietverlust, welcher aus dieser Praxis entsteht, wurde bei der Einführung von PRIMA auf ca. CHF 550'000 pro Jahr veranschlagt und dem Produkt „Soziale Dienste und Integration“ belastet. Diese Praxis soll gemäss Gemeinderatsentscheid in Zukunft geändert werden, was von einigen Mitgliedern der GEF als nicht korrekt empfunden wird, da so die Transparenz in den einzelnen Produktgruppen verloren geht. Auf Nachfrage bei der Verwaltung wurden folgende Argumente für den angestrebten Wechsel im Politikplan angeführt:

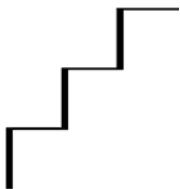
“Bei der Vermietung von Gemeindewohnungen zu einem vergünstigten Mietzins handelt es sich nicht um wirkliche Sozialhilfe, da die betroffenen Mieter weit entfernt sind von Einkommensverhältnissen von Sozialhilfeempfängern. Diese Vergünstigung fällt zudem bei jedem Mieterwechsel weg. Falls in Zukunft Einzelpersonen oder Familien in Bezug auf die Mietkosten unterstützt werden sollen, kann dies gezielt durch Mietzinszuschüsse geschehen und dann auch beim Produkt „Soziale Dienste und Integration“ zu Buche schlagen.“

Die Kommission anerkennt, dass es sich bei der Vermietung von Gemeindewohnungen nicht wirklich um Sozialhilfe handelt. Jedoch ist der soziale Charakter dieser Subvention nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Kommission ist der Ansicht, dass ein so abrupter Wechsel in der Rechnungslegung dem Geist von PRIMA nicht förderlich ist und ein Teil der angestrebten Transparenz bei den Finanzflüssen der Gemeinde verloren geht. Die Lösung muss in Zukunft innerhalb der Produktgruppe 7 gefunden werden und die Wirkung der Geldflüsse zudem transparent dokumentieren. Die Sachkommission GEF beantragt aus diesem Grund dem Einwohnerrat, mit einem Parlamentarischen Auftrag auf diese Praxisänderung im Politikplan 2008 - 2011 Einfluss zu nehmen. Eine Rückweisung des Produktsummenbudgets erscheint der Kommission nicht adäquat, da nicht das Planresultat beeinflusst wird, sondern nur die beiden Positionen Nettoerlös und Nettokosten im gleichen Umfang angepasst werden.

Politikbereich „Gesundheit“

S. 22, 4.3 Betagten und Krankenpflege

Abweichungen aufgrund des Inkrafttretens der NFA und des NOKE-Pakets: Die deutlichen Abweichungen zwischen Budget 2007 und Budget 2008 haben, wie schon 2006 ausführlich besprochen, mit dem Inkrafttreten des NFA und NOKE zu tun. Die Details dieser Finanzflüsse sind allerdings unklar. Für den für die Betagten- und Krankenpflege (Spitexdienste 700'000 und Tagesheim 140'000) budgetierten Mehrbetrag von CHF 840'000 soll sich ein entsprechender Erlös in den CHF 2'479'000 der NFA/NOKE-Kompensation des Kantons bei den neutralen Erlösen „verstecken“. Es ist jedoch nicht einsehbar, wie sich diese Zahl genau zusammensetzt. Bei den Finanzposten der NOKE/NFA geht so die Übersicht verloren. Die Kommission hat sich daher die Details zu diesen Finanzflüssen erklären lassen. Zum besseren Verständnis des Politikplans werden die Zahlen hier wiedergegeben:



Seite 3

Gesamtvergütung durch Kanton (NFA+NOKE)	2'479'000.-
bestehend aus:	
Spitex	700'000.-
Tagesheime	140'000.-
Heilpädagogik	250'000.-
Unterhalt Grünanlagen	405'000.-
Tagesbetreuung	356'000.-
Kantonstrassen (Reinigung/Winterdienst)	628'000.-

S. 22, 4.4 Prävention und Gesundheitsförderung

Die Kommission will wissen, ob es zu den unterstützten Projekten Evaluationsberichte gibt, oder ob diese einfach so weiter geführt werden. Ausserdem wird gefragt, wie viele Leute bei „aktiv im Sommer“ mitmachen, und wie viele Kinder bei „AdiRi“ aus Riehen stammen. Zum Beantworten dieser Fragen soll die dafür verantwortliche Person aus der Verwaltung, Frau Gronbach, in die Kommission eingeladen werden.

S. 23, 4.4 Prävention und Gesundheitsförderung: *Budget 2007*

Der Einwohnerrat hatte im Zuge der Beratung des Leistungsauftrags zur Produktgruppe 4 im Herbst 2006 eine Kürzung von CHF 50'000 beschlossen. Die GEF wollte nun wissen, wieso das Budget 2007 nicht entsprechend korrigiert wurde. Die Verwaltung gab bekannt, dass die alten Budgetzahlen nicht korrigiert werden. Dieser Einwohnerratsbeschluss wird erst in den „IST“-Zahlen zum Jahr 2007 sichtbar werden. Das Budget und die Planzahlen ab 2008 wurden aber schon entsprechen angepasst.

3. Antrag

Die Sachkommission GEF beantragt dem Einwohnerrat, die Seiten des Politikplans 2008 - 2011, welche sich mit den Produktgruppen 3 und 4 befassen, zur Kenntnis zu nehmen und die auf Seite 55 aufgeführten Beschlüsse zum Produktsummenbudget unter der Voraussetzung der Überweisung des Parlamentarischen Auftrags sowie dem Antrag zur Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2007 zuzustimmen.

Sachkommission für Gesundheit und Finanzfragen
Der Präsident:

Guido Vogel

2. Dezember 2007